Die neuen Arbeiterparteien – Das Erfolgsmodell rechtspopulistischer Akteure in Zeiten von Austerität und Migration

Philipp Adorf

Zusammenfassung
Ein Großteil der europäischen Rechtspopulisten ist in den letzten Jahren von Wahlerfolg zu Wahlerfolg geeilt. Insbesondere in Deutschland wird dieses Phänomen gerne als Problem der und Herausforderung für die politische Rechte dargestellt. Studien der rechtspopulistischen Anhängerschaft demonstrieren jedoch, dass ihre Kernwählerschaft zu einem beträchtlichen Maße aus Personen besteht, die eine ehemals sozialdemokratische Heimat vorweisen. Dieser Beitrag zeigt einerseits auf, welche Strategie rechtspopulistische Akteure anwenden, um signifikante Teile der Arbeiterklasse anzusprechen. Andererseits liefert er einen Überblick bezüglich des Ausmaßes der rechtspopulistischen Erfolge innerhalb dieses Bereichs der Wählerschaft.

1. Einleitung

Wurde in den Medien nach den niederländischen und französischen Wahlergebnissen noch das Fazit gezogen, der Vormarsch der Rechtspopulisten scheine zumindest vorerst eingedämmt worden zu sein, so zeigte die Bundestagswahl wiederum die neue Stärke dieser Akteure auf. Die AfD schaffte – gerade auch dank ihrer Stärke unter Arbeitern[1] – als drittstärkste Partei den Einzug in den Bundestag. Aber auch die Resultate in den Nachbarländern demonstrierten, dass sich Parteien und Bewegungen aus diesem Lager in den europäischen Parteiensystemen festgesetzt haben. Geert Wilders' *Partij voor de Vrijheid* (PVV) war in der Lage, die Zahl ihrer Parlamentssitze bei der niederländischen Wahl im März 2017 um ein Drittel zu erhöhen, während Marine Le Pen im Vergleich zu ihrem Vater 15 Jahre zuvor fast doppelt so viele Stimmen in der

Dr. Philipp Adorf
Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Gesellschaft • Wirtschaft • Politik (GWP) Heft 4/2017, S. 501-511 www.budrich-journals.de
https://doi.org/10.3224/gwp.v66i4.05

zweiten Runde der französischen Präsidentschaftswahl auf sich vereinen konnte.

Die elektorale Basis dieser Parteien scheint also durchaus gefestigt zu sein. Nicht zuletzt, weil Rechtspopulisten eben nicht nur im „rechten" Spektrum der Parteienlandschaft fischen – sondern gerade auch, weil ihre Wählerschaft immer häufiger aus ehemaligen Unterstützern sozialdemokratischer Parteien und Mitgliedern der Arbeiterklasse[2] besteht, wie dieser Beitrag aufzeigt. Mehr denn je platzieren sich Rechtspopulisten im Bereich Sozialstaat zur Linken der Sozialdemokraten; verbunden jedoch mit einer starken Dosis Wohlfahrtschauvinismus und einer Vermengung des Themenbereiches der sozialen Absicherung mit Fragen der Zuwanderung (hier erörtert anhand der Programmatik des Front National und der Alternative für Deutschland). Im Zeitalter der Migration und Austerität stellt dieser populistische Cocktail eine erfolgsversprechende Vorgehensweise für rechtspopulistische Akteure dar, der es ihnen erlaubt mit erprobten Mitteln auch Teile der Wählerschaft anzusprechen, deren Unterstützung ihnen traditionell eher verwehrt blieb.

2. Die historische Evolution der rechtspopulistischen Programmatik

Basierend auf den ersten Erfolgen der Rechtspopulisten in den 1980er Jahren argumentierte der Politikwissenschaftler Herbert Kitschelt, die „Siegesformel" der rechtspopulistischen Akteure bestünde aus einer Kombination autoritärer Standpunkte bei gesellschaftspolitischen Themen sowie neoliberalen Präferenzen im Bereich der Wirtschaftspolitik (vgl. Kitschelt 1995). Beispiele aus der Anfangsphase der rechtspopulistischen Parteienfamilie unterstützten diese These zumindest teilweise. In Norwegen und Dänemark begannen die heutigen rechtspopulistischen Parteien als Bewegungen, die sich für ein Absenken der Steuern stark machten. Gerade der Front National (FN) war in seinen frühen Jahren auch eine Partei, die sich einen schlanken Staat auf ihre Fahnen schrieb. Die sozialistischen Reformen Präsident Mitterrands Anfang der 1980er Jahre beschrieb der Gründer und damalige Vorsitzende des FN, Jean-Marie Le Pen, noch als „Fiskalinquisition vergleichbar mit der Gestapo" (Shields 2007, S. 206). Dass sich in diesen Jahren Le Pen ganz offen als französisches Pendant eines Reagans oder einer Thatcher positionierte, überrascht nicht. Schließlich fand er seinen Einstieg in die Politik während der 1950er Jahre unter dem Banner der *Poujadisten*, einer Bewegung, deren zentraler *raison d'être* der Kampf gegen das Ausmaß der Besteuerung war.

Inwiefern sich diese Siegesformel jedoch schon damals in der Realität widerspiegelte, ist in der Wissenschaft durchaus umstritten. Auch Kitschelt passte seine These an und argumentiert nunmehr, die Parteien der „neuen Rechten" positionieren sich bei wirtschaftspolitischen Themen in der Mitte. Das Definitionsmerkmal dieser Parteien ist somit eher in den autoritär-konservativen Präferenzen bei gesellschaftspolitischen Themenpunkten zu finden (vgl. Kitschelt 2004). Trotz der – wie später gezeigt wird – „Proletarisierung" der rechtspopulistischen Akteure im ideologischen Bereich sowie in der Wählerschaft, weist die Parteienfamilie der Rechtspopulisten auch heute eine größere Streuung der ideologischen Standpunkte bei wirtschaftspolitischen Themen vor, als dies bei den jeweiligen politischen Gegenspielern der Fall ist (vgl. Afonso/Rennwald 2016, S. 5).

Lange Zeit wichtiger als eine links-rechts Verortung auf der sozioökonomischen Trennlinie war vielmehr jedoch die Feststellung, dass dieser Politikbereich für rechtspopulistische Akteure jahrzehntelang eine stark untergeordnete Rolle spielte. Die Fi-

nanz- und Wirtschaftskrise ab 2007 repräsentierte somit eine Herausforderung, stellte aber auch eine Chance für diese Parteien dar. Einerseits mussten Rechtspopulisten mit der Problematik kämpfen, dass Wähler in wirtschaftlich schwierigen Zeiten eher etablierten Akteuren zutrauen, eine wirtschaftliche Erholung einzuleiten. Parteien, die hingegen keinerlei programmatische Aussagen zu wirtschaftspolitischen Fragen vorweisen können, stehen in einer Rezession auf verlorenem Posten. Andererseits zwang die „Große Rezession" aber die rechtspopulistischen Akteure unweigerlich, programmatische Lücken zu füllen und Antworten auf die dominanten Sorgen und Fragen der Bevölkerung zu bieten. Von den Regierungsparteien getätigte Einschnitte bei sozialstaatlichen Ausgaben unter dem Banner der Austerität konnten zudem gut von Rechtspopulisten verwertet werden – diese Gelegenheit bot sich gerade in den Ländern, die eine relativ zügige wirtschaftliche Erholung genossen und somit zum Zuwanderungsziel wurden beziehungsweise bereits über eine große Minderheitengemeinschaft verfügten. Ein Rückbau der staatlichen Unterstützung in Verbindung mit einem größeren Pool an potentiellen Empfängern eben dieser Hilfe kann von rechtspopulistischen Parteien immer wieder als Verteilungskampf dargestellt werden, in dem die einheimische Bevölkerung im Ringen um begrenzte Ressourcen mehr denn je das Nachsehen hat.

Dieser Wohlfahrtschauvinismus – eine Kombination aus durchaus egalitären sozialen Präferenzen in Verbindung mit einer ablehnenden Einstellung, wenn nicht gar Aversion, gegenüber Migranten, die nach dieser Sichtweise die Dienste des Wohlfahrtsstaates „unverdient" in Anspruch nehmen – ist in einigen europäischen Gesellschaften durchaus weit verbreitet und erhält durch einen Anstieg der Zuwanderung häufig Auftrieb (vgl. van Oorschot 2006). Es kommt nicht von ungefähr, dass oftmals ethnische Vielfalt nicht unbedingt als förderlich für die Unterstützung des Ausbaus oder Erhalts des Sozialstaats betrachtet wird, beziehungsweise, dass im Umkehrschluss ein extensiver Wohlfahrtsstaat laut dieser Deutung am ehesten in kleineren, ethnisch relativ homogenen Staaten populär sei. In diesen Gesellschaften, so argumentierte der britische Historiker Tony Judt, existiere ein höheres Maß an Vertrauen gegenüber den Mitmenschen, die eher als Personen mit ähnlichen Werten und einem gleichartigen Arbeitsethos betrachtet werden (vgl. Judt 2009). Der rudimentäre US-amerikanische Sozialstaat mag somit auch zumindest teilweise auf die ethnische Vielfalt des Landes zurückzuführen sein (vgl. Alesina et al. 2001).

Dazu kommt, dass diese Sichtweise der Unterteilung der Gesellschaft in Gruppen, die würdig, beziehungsweise unwürdig staatlicher Unterstützung sind, gerade innerhalb der traditionellen Basis der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien weit verbreitet ist: „einheimische" Wähler mit einem geringen Bildungsgrad (vgl. van der Waal et al. 2010). Erkenntnisse wie diese werfen auch elementare Fragen bezüglich der Zukunft linker politischer Kollektive auf. Eine erneute Hinwendung zu einer Expansion des Sozialstaats würde unter den besagten Wählern nur zu marginalen Gewinnen für Sozialdemokraten und Sozialisten führen, wenn gleichzeitig eine äußerst liberale Zuwanderungspolitik propagiert wird. Rechtspopulisten haben hingegen mit ihrer folgend analysierten programmatischen Mischung aus Egalitarismus und Xenophobie eine „Siegesformel" im Kampf um diese gesellschaftliche Gruppe gefunden.

3. Die ideologische Neuorientierung der Rechtspopulisten in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen

Wie bereits erwähnt, waren es gerade die wirtschaftlichen Verwerfungen der „Großen Rezession" in Verbindung mit den einhergehenden sozialen Einschnitten, die Rechtspopulisten in gewisser Weise zwangen, eine stärkere Fokussierung auf diesen Themenbereich zu legen. Eingebettet werden diese zahlreicher werdenden sozioökonomischen Appelle jedoch so gut wie immer in ein argumentatives Korsett, das stark auf sogenannten „nativistischen" Standpunkten (Ablehnung des und der Fremden) beruht. Klar herauszuarbeiten, wo die Themen Wirtschaft und Sozialstaat aufhören und andererseits der Bereich Zuwanderung beginnt, ist bei rechtspopulistischen Parteien nur schwer möglich. Klar ist jedoch, dass dieser Sozialstaat denjenigen zugutekommen soll, die seine Hilfe auch wirklich verdient haben: der einheimischen Bevölkerung. Migration wird hingegen als elementarer Grund für (unnötige) sozialstaatliche Kürzungen dargestellt. Das Programm der von Geert Wilders geführten niederländischen Freiheitspartei (PVV) zur Parlamentswahl 2012 argumentierte beispielsweise im Kapitel unter dem Titel „*unser* Sozialstaat" [Hervorhebung im Original], dass die Verteidigung eben dieser Institution „automatisch zu einer Ablehnung der Masseneinwanderung [führt], die uns jährlich 7,2 Milliarden Euro kostet" (Partij voor de Vrijheid 2012, S. 22). Der zweite große Feind neben Migranten ist die EU, deren Rolle auch in wirtschaftspolitischen Fragen immer häufiger als destruktiv charakterisiert wird. Die Öffnung der Grenzen und des eigenen Marktes für europäische Arbeitskräfte und nichteuropäische Waren und Güter wird, ähnlich wie bei einigen linken populistischen Pendants, als Gefahr für die heimische Wirtschaft und ihre Arbeiter dargestellt.

Rechtspopulistischen Parteien und ihre – später beschriebene – neue elektorale Basis stehen letztendlich in einer wechselseitigen Beziehung zueinander. Die Akteure der Angebotsseite haben durch eine ideologische Transformation ihre Parteien für die Wähler der Arbeiterklasse stetig attraktiver gemacht. Der Zustrom dieser Wähler – auch dank der „Neoliberalisierung" einiger sozialdemokratischer Parteien – hat hingegen rechtspopulistischen Parteien schlussendlich keine andere Wahl gelassen, als ihre marktliberalen Standpunkte weitestgehend aufzugeben. Solch eine Entwicklung stellt diese Parteienfamilie jedoch vor ein durchaus elementares Problem: Koalitionspartner finden sie traditionell eher auf der rechten Seite des politischen Spektrums. Der erneute Ausbau des Wohlfahrtsstaates ist mit diesen jedoch kaum umsetzbar; Rechtspopulisten können somit nur schwer eine Regierungsallianz eingehen, ohne ihre Basis gegen sich aufzubringen (vgl. Afonso 2015). Die beiden folgend genannten Beispiele haben jedoch das „Glück", dass sie sich momentan nur geringe Gedanken über Allianzen machen müssen und somit in der Lage sind, ein programmatisches Gerüst zu konstruieren, das ihre Wählerschaft auch im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich anspricht.

Front National

Möglicherweise das beste Beispiel dieser Transformation stellt der Front National dar. Sein Gründer und Vorsitzender für fast vier Jahrzehnte, Jean-Marie Le Pen, erzielte wie bereits erwähnt seine ersten politischen Erfolge in den 1950er Jahren als Mitglied der *Poujadisten*, einer Anti-Steuer-Bewegung. Die zunehmende Proletarisierung der FN-Wählerschaft brachte ab den frühen 90er Jahren auch eine kontinuierliche Ab-

wendung von den einstigen neoliberalen Prinzipien seitens der Partei mit sich. In dieser Zeit etablierte sich innerhalb des FN eine Art „*gaucho-lepénisme*“[3] (Links-Le Penismus), bevor Le Pens Tochter Marine den *Front* unter ihrem Vorsitz endgültig auf ein ideologisches Fundament stellte, das den Staat als Protektor des einfachen Arbeiters gegenüber der Globalisierungsgefahr inszeniert. Auch die Wirtschaftskrise des letzten Jahrzehnts hat dazu geführt, dass der Front National einen größeren Fokus auf wirtschafts- und sozialpolitische Themenfelder legt. Während sich nur ungefähr 15 Prozent des Front National-Wahlprogramms Mitte der 1990er Jahre sozioökonomischen Themen widmete, lag dieser Anteil für das Programm der Präsidentschaftswahl 2012 bei 37 Prozent (vgl. Ivaldi 2016, S. 230).

Inhaltlich sind die marktliberalen Wurzeln der Partei heute fast gänzlich verschwunden. Gleichzeitig werden die Vorstöße für einen *„état fort“* (starken Staat) durchweg mit einer Dosis EU-Feindlichkeit verbunden. Für Le Pen und die Partei stellt die EU ein „trojanisches Pferd der ultraliberalen Globalisierung“ dar, dessen Verträge den Mitgliedsstaaten ein „Dogma des freien und unverfälschten Wettbewerbs“ aufzwingen (Front National 2012, S. 5). Das Gegenmodell dafür ist auf der anderen Seite der französische Staat, dessen Handlungsfähigkeit durch die Vorgaben der EU beschnitten wird. Erstere Institution wird in den Programmen des Front National in höchsten Tönen gelobt. Es war dieser „starke Staat“, der nach Ansicht des Front National-Wahlprogramms (2012) das Land vereinte und allen „Bildung, Pflege, Sicherheit und öffentliche Dienstleistungen mit Qualität“ gewährte (ebd.). Heute muss dieser mehr denn je von den Brüsseler Fesseln befreit werden, denn laut des *Front* ist nur der französische Staat in der Lage, die „Speerspitze der Re-Industrialisierung und nationalen Erholung“ zu sein (ebd.). Auch während der letzten Präsidentschaftswahl von 2017 setzte Marine Le Pen linke Schwerpunkte in sozioökonomischen Fragen. Gefordert wurde weiterhin eine „Re-Industrialisierung“ des Landes in Verbindung mit einem „intelligenten Protektionismus“ (Front National 2017, S. 7). Dazu kam der Aufruf eines „echten wirtschaftlichen Patriotismus, befreit von den europäischen Zwängen“ (ebd.), mit der Vorgabe, beispielsweise öffentliche Aufträge einzig an französische Unternehmen zu vergeben.

Alternative für Deutschland

Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland aus dem Frühjahr 2016 basierte im Gegensatz zum Front National des 21. Jahrhunderts eher auf marktliberaleren Standpunkten. Deutlich können hier noch die Überbleibsel der „Lucke-AfD“ erkannt werden, die in nicht unbeträchtlichen Teilen ihre Wurzeln im wirtschaftsliberalen Bürgertum fand. Beim Thema Sozialversicherung prangerte das Programm beispielsweise an, dass „[d]ie hohen Abgaben sich negativ auf die Einkommen der Arbeitnehmer [auswirken]“ (Alternative für Deutschland 2016, S. 25). Bezüglich der Wirtschaftspolitik galt der Grundsatz: „Je mehr Wettbewerb und je geringer die Staatsquote, desto besser für alle.“ (Ebd., S. 50.) Während Marine Le Pen’s Front National sich für einen Staat einsetzt, der die Wirtschaft führt und seine schützende Hand über bestimmte Segmente stellt, plädierte die AfD dafür, „erforderliche staatliche Eingriffe […] auf das notwendige Minimum zu begrenzen“ (ebd.).

Mit dem Ausscheiden des Lucke-Flügels hat aber auch die AfD einen grundsätzlichen Kurswechsel vollzogen. Innerhalb der Partei haben Politiker und Aktivisten, die sich nie mit den ordoliberalen Standpunkten des Grundsatzprogramms identifizieren

konnten, erheblich an Einfluss gewonnen. Als erfolgsversprechend betrachten sie den Sozialchauvinismus der rechtspopulistischen Schwesterparteien im europäischen Ausland. Am Tag der Arbeit 2017 demonstrierte Björn Höckes Landesverband aus Thüringen beispielsweise unter einem „Sozial ohne rot zu werden"-Banner. Diese Veranstaltung nutzte Höcke selbst als Plattform für Angriffe gegen die „ach so soziale SPD", die er bezichtigte, das Anwachsen des Niedriglohnsektors sowie die steigende Ungleichheit seit der Wiedervereinigung zu verantworten (vgl. AfD-Thüringen 2017). Linke rhetorische Elemente und Anschuldigungen, so zum Beispiel der Vorwurf, die SPD habe in den letzten zwei Jahrzehnten „eine Politik für die zehn Prozent Globalisierungsgewinner" betrieben, wurden nahtlos in die rechte Rede eingebaut. Für Höcke ist die heutige SPD – als Partei, die „nicht auf der Seite der Fleißigen und Sparsamen", sondern „auf der Seite der Reichen und Mächtigen" steht – „genauso neoliberal wie die anderen Kartellparteien in diesem Land auch" (ebd.). Miteinander verbunden wurden aber auch hier die Bereiche Sozial- sowie Zuwanderungs- beziehungsweise Integrationspolitik, denn Höcke lamentierte, die SPD sei „das Gegenteil von sozial, jedenfalls uns Deutschen gegenüber" (ebd.). Wie so oft bei Rechtspopulisten, wurde hier das Bild des Ausländers gezeichnet, der unverdient in den Genuss der Vorteile des westlichen Sozialstaats kommt, während die indigene Bevölkerung Einschnitte hinnehmen muss.

Grundsätzlich ist aber auch bei den deutschen Rechtspopulisten zu konstatieren, dass unmittelbare wirtschafts- und sozialpolitische Fragen bei der AfD weiterhin eine stark untergeordnete Rolle spielen. Die großen Erfolge des Wahljahres 2016 hatte sie der Flüchtlingskrise zu verdanken; ökonomische Themen fehlten auf der Agenda. Im Programm zur Bundestagswahl 2017 wurden dem Themenpunkt „Sozialpolitik" auch nur drei der 72 Seiten gewidmet. Bezeichnend ist hier zudem die direkte Verbindung dieses Politikbereiches mit dem Thema Zuwanderung. Bereits im ersten Absatz des Sozialpolitik-Unterpunkts argumentierte die Partei, dass aufgrund anderer sozialstaatlicher Herausforderungen „[u]nsere begrenzten Mittel […] nicht für eine unverantwortliche Zuwanderungspolitik, wie sie sich kein anderes europäisches Land zumutet, zur Verfügung [stehen]" (Alternative für Deutschland 2017, S. 54). In einem multikulturellen Land mit offenen Grenzen, das nicht viel mehr als ein Gliedstaat der EU sei, hat das soziale Sicherheitsnetz des Landes laut der AfD hingegen keine Zukunft, denn „[e]ine Auflösung des Nationalstaats führt unweigerlich zur Gefährdung unserer gewohnten sozialstaatlichen Errungenschaften" (ebd.). Ähnlich wie Geert Wilders, sieht also auch die AfD den Erhalt des Sozialstaats als Aufgabe an, die nur durch die strikte Begrenzung der Zuwanderung sowie auch der Kompetenzen europäischer Institutionen gemeistert werden kann.

4. Die Arbeiterklasse als heutiges elektorales Fundament der Rechtspopulisten

Dass Rechtspopulisten die Verteidigung des Wohlfahrtsstaats für sich entdeckt haben, ist auch eng mit den Veränderungen im Bereich der eigenen Wählerschaft verbunden. In den letzten beiden Jahrzehnten haben sich immer größere Teile der Arbeiterklasse von ihrer traditionellen sozialdemokratischen Heimat abgewandt und den Weg ins rechtspopulistische Exil angetreten. Diese Entwicklung sollte nicht unbedingt überraschen. Beträchtliche Teile der Arbeiterklasse identifizieren sich nur selten mit den progressiven gesellschaftspolitischen Standpunkten der Sozialdemokratie. Am Stammtisch sitzen zumeist nun einmal nicht Mitglieder der gehobenen Mittelschicht. Die ge-

nerelle Ausbreitung des 68er Wertekanons sehen sie mit Argwohn. Der Elitenkonsens bei Themen wie nationaler Identität, die Interpretation ethnischer und religiöser Vielfalt als Stärke und gesellschaftliche Bereicherung sowie die generelle Liberalisierung in soziokulturellen Kernfragen sind ihnen weitestgehend fremd. Sie stellen nicht unbedingt die ökonomischen „left-behinds" dar, sondern repräsentieren eher die Verlierer der soziokulturellen Modernisierung der letzten Jahrzehnte (vgl. Oesch 2008). Die Übernahme einer neoliberalen Wirtschaftspolitik durch die Sozialdemokraten Europas sowie die damit einhergehende stärkere Fokussierung auf gesellschaftspolitische Themen im allgemeinen politischen Diskurs, haben es den Rechtspopulisten ermöglicht, nicht unbeträchtliche Teile der ehemals linken Stammwählerschaft für sich zu gewinnen. Da auch konservative Parteien immer stärker auf die wachsende Wählerschaft der gebildeten Mittelschicht – oft definiert durch ihre liberal-progressiven Werte – angewiesen sind, haben es Akteure der rechtspopulistischen Parteienfamilie geschafft, in diesen gesellschaftspolitischen Fragen eine Nische weitestgehend allein zu besetzen.

Eine Vielzahl von Daten und Statistiken zeigt die Transformation der parteipolitischen Präferenzen der Arbeiterklasse Europas auf. So waren beispielsweise 75 Prozent aller FPÖ-Wähler im Jahre 2013 Mitglieder der (durch die Autoren dieser Analyse sehr breit definierten)[4] Arbeiterklasse, obwohl diese Gruppe nur etwas mehr als die Hälfte der gesamten Wählerschaft stellte. 40 Jahre zuvor waren hingegen weniger als die Hälfte aller Wähler der österreichischen Freiheitlichen Arbeiter. Dass Mitglieder der Arbeiterklasse andererseits nur zwei Drittel der SPÖ-Wähler stellten (2013, vgl. Afonso/Rennwald 2016, S. 13), ist ein weiteres Indiz dafür, dass es heutzutage somit eher die Rechtspopulisten sind, auf die das Label der „Arbeiterpartei" zutrifft. Diese Veränderung spiegelte sich auch in den jüngsten Präsidentschaftswahlen der Alpenrepublik wider. Wie Tabelle 1 aufzeigt, schnitt der freiheitliche Kandidat Norbert Hofer bei ArbeiterInnen deutlich besser ab, als dies unter Angestellten der Fall war. Zudem konnte auch in dieser Wahl bezüglich der Unterstützung der Rechtspopulisten, beziehungsweise ihrer Gegner, eine enorme „Bildungslücke" zwischen beiden Lagern erkannt werden. Das Alter war hingegen ein deutlich schwächerer Indikator der Präferenzen innerhalb der Wählerschaft.

Tabelle 1: Unterstützung der jeweiligen Kandidaten in der zweiten Runde der österreichischen Bundespräsidentschaftswahl (6. Dezember 2016) anhand verschiedener Merkmale (in Prozent).

Ergebnis	**Van der Bellen 53,8**	**Hofer 46,2**
ArbeiterInnen	15	85
Angestellte	60	40
Frauen ohne Matura	52	48
Frauen mit Matura	82	18
Männer ohne Matura	32	68
Männer mit Matura	72	28
Bis 29 Jahre	58	42
30-59 Jahre	51	49
Ab 60 Jahren	55	45

Quelle: *Martina Zandonella* und *Flooh Perlot*, Wahltagsbefragung und Wählerstromanalyse Bundespräsidentenwahl 2016 – Wiederholung der Stichwahl, SORA Institute for Social Research and Consulting / ISA Institut für Strategieanalysen, 6. Dezember 2016.

Eine ähnliche Transformation hat der Front National unter der Ägide der Le Pens vollzogen. In der Präsidentschaftswahl 2012 war Marine Le Pen in der Lage, 33 Prozent der französischen Arbeiterklasse zu gewinnen. Nur acht Prozent der „oberen Dienstklasse" (zum Beispiel leitende Angestellte oder Manager) stimmten hingegen für sie. Zehn Jahre zuvor gewann ihr Vater 23 Prozent der Arbeiterklasse und 13 Prozent der „oberen Dienstklasse". In den späten 1980er Jahren gab es wiederum nur eine sehr marginale Differenz bezüglich der Unterstützung des Front National zwischen diesen beiden äußerst unterschiedlichen Wählersegmenten (vgl. Mayer 2013, S. 170). Auch in der Präsidentschaftswahl im Frühjahr 2017 war Marine Le Pen in der Lage, ihre besten Ergebnisse in denjenigen Regionen einzufahren, deren Arbeiterklasse sich mit einem immer schlechteren Angebot auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert sieht (vgl. Tartar et al. 2017).

Auch in Deutschland kann der Trend erkannt werden, dass die Evolution der AfD zu einem „klassischen" rechtspopulistischen Akteur mit einer wachsenden Unterstützung der Partei innerhalb derjenigen Segmente der Bevölkerung einhergegangen ist, die traditionell eher bei Sozialdemokraten oder Sozialisten heimisch waren. Erhebungen zu den Landtagswahlen 2016 zeigen beispielsweise, dass Arbeitslose einen überproportional hohen Anteil der AfD-Wählerschaft ausmachten. Aufgeschlüsselt nach Tätigkeit, konnte bei drei der fünf Landtagswahlen im Wahljahr 2016 die höchste Zustimmung zur AfD unter Arbeitslosen gefunden werden. In den drei Landtagswahlen 2014 war die Unterstützung der „Alternative" hingegen noch unter Arbeitern und Selbstständigen höher als bei Arbeitslosen; bei der Europawahl im selben Jahr waren Arbeitslose gar die „Tätigkeitsgruppe", in der die AfD ihr schlechtestes Ergebnis einfuhr.[5] Auch ausführlichere Erhebungen bezüglich der Parteiunterstützung untermauern diese Erkenntnisse und zeigen, wie grundlegend sich die Wählerschaft der AfD gerade seit ihrer Spaltung im Sommer 2015 verändert hat (Tabelle 2).

Tabelle 2: Personen mit Parteibindung, die der AfD zuneigen, nach sozialstrukturellen Merkmalen (Anteile in Prozent).

	2014	2015	2016
ArbeiterInnen	2	5	11
Arbeitslose	1	4	15
Nicht erwerbstätig	1	5	8
BeamtInnen	2	3	1
Angestellte	1	2	4
Selbstständig/ Freiberufler	3	4	5
Insgesamt	2	3	5

Quelle: *Martin Kroh* und *Karolina Fetz*, Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit Gründung der Partei deutlich verändert, DIW Wochenbericht 34/2016, S. 711-719, S. 715.

Betrachtet man das heutige deutsche Parteiensystem nach Aufschlüsselung der beruflichen Merkmale der Wählerschaft der jeweiligen politischen Akteure, so kann auch hier erkannt werden, dass die Alternative für Deutschland durchaus die Bezeichnung der „Arbeiterpartei" verdient. 34 Prozent der AfD-Unterstützer, die einem Beruf nachgehen, sind, beziehungsweise definieren sich selbst als Arbeiter – ein Anteil, der deutlich über dem in der SPD und sogar Linkspartei vorhandenem steht.

Tabelle 3: Position im Beruf, nach Parteipräferenz. Anteile in Prozent (2016).

	CDU/CSU	SPD	Grüne	AfD	Linke	FDP	Insgesamt
Arbeiter	16	17	9	34	22	11	19
Angestellte	63	68	72	46	66	70	64
Beamte	9	8	10	6	6	4	7
Selbstständige	12	7	9	14	7	15	10

Quelle: *Karl Brenke* und *Alexander S. Kritikos*, Wählerstruktur im Wandel, DIW Wochenbericht 29/2017, S. 595-606, S. 598.

5. Fazit und Ausblick

In einigen europäischen Gesellschaften scheint beim Thema der sozialen Absicherung für einen wachsenden Anteil der Wählerschaft nicht mehr die entscheidende Frage zu sein, inwiefern man selbst von staatlichen Maßnahmen in einem adäquaten Maße profitiert, sondern ob andere Gruppen (zunehmend ethnische Minderheiten) unverdiente Unterstützung erhalten, beziehungsweise in einem zu hohen Maße von der staatlich angebotenen Hilfe profitieren. Die gesellschaftspolitische Komponente der Debatte bezüglich des Sozialstaats hat somit auf Kosten der wirtschaftspolitischen Überlegungen hinzugewonnen und wird – angesichts des steigenden Bevölkerungsanteils von Minderheiten in Westeuropa – in Zukunft weiter an Relevanz gewinnen. Rechtspopulisten heizen diesen Prozess durch ihre Vermengung der verschiedenen Themenbereiche an, da sie dank dieser Vorgehensweise sowohl die gesellschaftspolitischen als auch die sozioökonomischen Präferenzen der „einheimischen" Arbeiterklasse bedienen können. Die Einbeziehung des Themas „Zuwanderung" mit all seinen Facetten in die Wirtschafts- und Sozialpolitik erlaubt es ihnen darüber hinaus, sich auf einem politischen Parkett zu bewegen, auf dem sie traditionell beheimatet sind. Des Weiteren stellt die Migrationspolitik einen Themenbereich dar, indem die Rechtspopulisten von den Wählern gemeinhin als kompetenter eingeschätzt werden als dies bei wirtschaftspolitischen Angelegenheiten der Fall ist.

Diese Entwicklung stellt gerade die Parteien der linken Seite des politischen Spektrums vor eine existentielle Herausforderung, denn insbesondere ihre traditionelle (aber nicht mehr heutige) Basis vertritt immer häufiger wohlfahrtschauvinistische Standpunkte. Das Ausmaß dieses Problems lässt sich nicht zuletzt auch daran festmachen, dass der Aufstieg der Rechtspopulisten in den letzten Jahrzehnten in Westeuropa mit einem außerordentlichen Abstieg der Sozialdemokratie, aber nicht unbedingt der christdemokratischen beziehungsweise konservativen Parteien einhergegangen ist (vgl. Hanretty 2015). Ein simpler Linksruck samt Hinwendung zu einem Ausbau sozialstaatlicher Maßnahmen wird nicht ausreichen, die ehemalige linke Basis zurück zu gewinnen, da die Arbeiterklasse in einem zunehmenden Maße das Thema Sozialstaat mit verschiedenen Aspekten der Zuwanderung verbindet. Ein bedingungsloses Grundeinkommen wird beispielsweise keine große Unterstützung innerhalb der (einheimischen) Arbeiterklasse finden, wenn gleichzeitig offene Grenzen sowie eine Auszahlung an alle in Deutschland lebenden Personen gefordert werden. Andererseits muss auch festgestellt werden, dass ein Rechtsschwenk der linken Parteien bei gesellschafts- und integrationspolitischen Themen in Anbetracht der diesbezüglichen Standpunkte ihrer heutigen progressiven Parteibasis nur sehr schwer umzusetzen wäre. Auch in Zukunft

werden die Rechtspopulisten somit auf die Unterstützung ihrer neuen Basis zählen können – wahrscheinlich sogar in einem noch größeren Maße als dies heute der Fall ist.

Anmerkungen

1 Laut den Erhebungen des Wahlabends von Infratest dimap stimmten 21 Prozent aller Arbeiter für die AfD, ein Wert der nur marginal unter dem der SPD (23 Prozent) und deutlich über dem Anteil der Linkspartei (10 Prozent) lag. Siehe http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-09-24-BT-DE/umfrage-job.shtml.

2 Grundsätzlich ist festzustellen, dass für dieses Segment keine wissenschaftlich klare oder allgemein gültige Definition bezüglich Einkommen, Bildung oder beruflicher Qualifikationen existiert. Oft basiert die Klassifizierung der Mitgliedschaft innerhalb der Arbeiterklasse beispielsweise auf einer Selbsteinschätzung der Befragten, eine Vorgehensweise, die auch in den meisten statistischen Untersuchungen innerhalb des vorliegenden Textes angewandt wird.

3 Definiert als Ideologie beziehungsweise Wählerschaft bestehend aus Linken (Französisch „gauche"), die aufgrund der Verteidigung des Sozialstaats durch die Le Pens zu FN-Wählern wurden. Kritiker wie Nonna Mayer (siehe Literaturverzeichnis) argumentieren hingegen, dass man es hier eher mit einem „ouvriéro-lepénisme" („Arbeiter-Le Penismus") zu tun habe, da die Wählerwanderung von der Sozialistischen oder Kommunistischen Partei zum FN nicht aus wahrlich (wirtschafts- und sozialpolitisch) linken Wählern, sondern eher aus soziokulturell konservativen Teilen der Arbeiterklasse beziehungsweise ehemaligen Nichtwählern aus diesem sozialen Segment bestünde.

4 Zur Definition der Autoren von „Arbeiterklasse" siehe Afonso/Rennwald 2016, S. 11-12.

5 Siehe verschiedene Erhebungen von Infratest dimap. Zu finden unter http://wahl.tagesschau.de/wahlen/chronologie/chronologie.shtml.

Literaturverzeichnis

AfD-Thüringen (2017): Björn Höcke: Diese ach so soziale SPD ist das Gegenteil von sozial!, Rede vom 1. Mai 2017, verfügbar unter https://www.youtube.com/watch?v=9ZHBbdrSDmU (Abruf am 27.07.2017).

Afonso, Alexandre (2015): Choosing whom to betray: populist right-wing parties, welfare state reforms and the trade-off between office and votes. In: European Political Science Review Vol. 7/No. 2, S. 271-292. DOI: 10.1017/S1755773914000125.

Afonso, Alexandre/Rennwald, Line (2016): The Changing Welfare State Agenda of Radical Right Parties in Europe. In: Palier, Bruno/Manow, Philip (Hrsg.): Electoral Politics and Welfare State Reforms. Oxford: Oxford University Press (forthcoming).

Alesina, Alberto/Glaeser, Edward/Sacerdote, Bruce (2001): Why Doesn't the United States Have a European-Style Welfare State? In: Brookings Papers on Economic Activity No. 2, S. 187-227. https://doi.org/10.1353/eca.2001.0014.

Alternative für Deutschland (2016): Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland.

Alternative für Deutschland (2017): Programm für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017.

Front National (2012): Notre Projet. Programme Politique du Front National.

Front National (2017): 144 engagements présidentiels.

Hanretty, Chris (2015): Electorally, West European social democrats are at their lowest point for forty years. In: Medium, 5. Oktober, https://medium.com/@chrishanretty/electorally-west-european-social-democrats-are-at-their-lowest-point-for-forty-years-ac7ae3d8ddb7 (Abruf am 27.07.2017).

Ivaldi, Gilles (2016): A new course for the French radical right? The Front National and 'de-demonisation'. In: Akkerman, Tjitkse/de Lange, Sarah L./Rooduijn, Matthijs (Hrsg.): Radical right-wing populist parties in western Europe: Into the mainstream? Abingdon: Routledge, S. 225-246.

Judt, Tony (2009): What Is Living and What Is Dead in Social Democracy? In: The New York Review of Books, 17. Dezember, http://www.nybooks.com/articles/2009/12/17/what-is-living-and-what-is-dead-in-social-democrac/ (Abruf am 27.07.2017).

Kitschelt, Herbert (1995): The Radical Right in Western Europe: A Comparative Analysis. Ann Arbor: University of Michigan Press.

Kitschelt, Herbert (2004): Diversification and Reconfiguration of Party Systems in Postindustrial Democracies. Bonn: Friedrich Ebert Stiftung.

Mayer, Nonna (2013): From Jean-Marie to Marine Le Pen: Electoral Change on the Far Right. In: Parliamentary Affairs Vol. 66/No. 1, S. 160-178. DOI: 10.1093/pa/gss071.

Oesch, Daniel (2008): Explaining Workers' Support for Right-Wing Populist Parties in Western Europe: Evidence from Austria, Belgium, France, Norway, and Switzerland. In: International Political Science Review / Revue internationale de science politique, Vol. 29/No. 3, S. 349-373. DOI: 10.1177/0192512107088390.

Partij voor de Vrijheid (2012): *Hún* Brussel, *óns* Nederland – Verkiezingsprogramma 2012-2017.

Shields, James (2007): The Extreme Right in France: From Pétain to Le Pen. Abingdon: Routledge.

Tartar, Andre/Sam, Cedric/Warren, Hayley (2017): Eight Maps That Explain France's Macron-Le Pen Election. In: Bloomberg, 24. April, https://www.bloomberg.com/graphics/2017-french-election-maps/first-round/ (Abruf am 27.07.2017).

van der Waal, Jeroen/Achterberg, Peter/Houtman, Dick/de Koster, Willem/Manevska, Katerina (2010): 'Some are more equal than others': economic egalitarianism and welfare chauvinism in the Netherlands. In: Journal of European Social Policy Vol. 20/No. 4, S. 350-363. DOI: 10.1177/0958928710374376.

van Oorschot, Wim (2006): Making the difference in social Europe: deservingness perceptions among citizens of European welfare states. In: Journal of European Social Policy Vol. 16/No. 1, S. 23-42. DOI: 10.1177/0958928706059829.

Holger Arndt

Medien des Wirtschaftsunterrichts

2016 • 249 Seiten • Kart. • 34,90 € (D) • 35,90 € (A)
ISBN 978-3-8474-2073-6 • eISBN 978-3-8474-1065-2

Anschaulich und theoretisch fundiert werden in diesem Buch die wichtigsten Medien des Wirtschaftsunterrichts dargestellt. Neben theoretischen Grundlagen setzt sich der Band mit dem unterrichtlichen Einsatz sowohl traditioneller Medien wie z.B. Tafel, Arbeitsblatt und Schulbuch als auch digitaler Medien wie z.B. Präsentationsprogramme, Internetanwendungen und spezialisierte Software auseinander.

www.shop.budrich-academic.de